

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur zweigmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei der am Postweg ohne Beleggebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Freitrag 3,- M. Die Freiheit ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragene Zeitung und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19-111. Verleger: Kurt Nordens 2893 und 2894.

Interate sollen die abgepaßte, Kompartimentsliste über deren Raum 1,20 M., Wochenzugigen bei festgesetzter Dose 20 Pf., jedes weitere Dose 25 Pf., Leertungsgeld 70 Pf. Bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Verleger: Kurt Nordens 2768

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rußland und der Friede.

Die Sowjetregierung und die Entente.

Eine funktentelegraphische Unterredung mit Lenin.

Wie wir dem Pariser „Journal“ vom 6. August entnehmen, hat der Korrespondent der „United Press“ in Budapest Lenin mittels drahtloser Telegraphie interviewt. Die Fragen, die der amerikanische Journalist stellte, sind durch die Station Budapest übermittelt worden; Lenin hat durch die Moskauer Station geantwortet.

Die erste Frage, die er ihm stellte, lautete: Hat das Programm der Sowjets seit der Errichtung Ihrer Regierung irgend welche Reformen oder Änderungen erfahren? Darauf hat Lenin geantwortet: Die Regierung der Sowjets hat kein reformistisches Regierungsprogramm, sondern ein revolutionäres Programm. Reformen, das bedeutet Konzessionen von einer herrschenden Klasse zu erhalten, während sie in ihrer Herrschaft bleibt; insoweit besteht ein reformistisches Programm im allgemeinen nur auf zwei Punkten. Unser revolutionäres Programm enthält ebenfalls nur einen Hauptpunkt: Das Tode der Kapitalisten abzuwerfen, um ihnen die Macht zu entreißen und die Arbeiterklasse von ihren Ausbeutern zu befreien. Dieses Programm haben wir niemals modifiziert; verschiedene Maßnahmen, dazu bestimmt, es zu realisieren, sind oft der Gegenwart den Kabinettsbeschlüssen gewichen, deren Ausführung ganze Hände füllen würde.

Die zweite Frage lautete: Welches ist der wahre Charakter der Tätigkeit der russischen Sowjet-Republik in Asien, Afrika, in Indien und in den anderen mohammedanischen Ländern außerhalb Russlands. Lenin antwortete darauf: Wir haben es den Völkern ermdücht, autonome Republiken innerhalb Russlands zu schaffen; wir helfen mit allen Mitteln der Unabhängigkeit jeder Nation, die den Tripartiten des japanischen Kapitalismus und dem der Vereinigten Staaten heftigsten Widerstand leistet.

Die dritte Frage lautete: Was ist Ihre politische Haltung hinsichtlich der Vereinigten Staaten einerseits und Japan andererseits. Lenin antwortete: Betreffs der Vereinigten Staaten und Japan ist unser erstes politisches Ziel, ihren schändlichen und verbrecherischen Einfall in Rußland zurückzuschlagen, der nur dazu dient, die Kapitalisten dieser Länder zu bereichern. Wir haben oft und feierlich diesen Staaten den Frieden angeboten, aber sie haben uns nicht einmal geantwortet und haben fort, uns zu bekämpfen, indem sie Mexiko und Kuba zu helfen, das Karibische Meer und den Pazifik zu beherrschen und die russischen Bauern den kapitalistischen Tripartiten Japan und Amerika heftigsten Widerstand leisten. Unser anderes politisches und humanitäres Ziel umgibt alle Völker, Japan und Amerika eingeschlossen, nämlich eine föderale Vereinigung mit allen Völkern aller Länder ohne Ausnahme.

Die vierte Frage lautete: Unter welchen Bedingungen sind Sie bereit, Frieden mit England und Frankreich zu schließen. hat Lenin geantwortet: Diese Bedingungen sind in der Welt und unter jeder Form dargestellt. Ich will schriftlich zu wiederholten Malen, z. B. an Bullitt, dem im Namen der Vereinigten Staaten von Mexiko Verhandlungen mit uns geführt hat, und zwar mit mir persönlich in Moskau, ebenso wie in unserem Briefe an Kautsky usw.

Es ist nicht unsere Schuld, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten und der anderen Länder sich fürchten, den vollen Willen der Völker dieser Völker zu veröffentlichen und ihren Willen die Wahrheit verbergen.

Es will eine der fundamentalen Bedingungen wiederholen: Wir sind bereit, alle unsere Schulden an Frankreich und die anderen Staaten zu bezahlen, unter der Bedingung, daß wir einen wirtschaftlichen Frieden erhalten und nicht nur einen auf dem Papier; d. h. daß der Friede in aller Form unterzeichnet und von den Regierungen Groß-Britanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten, Japans und Italiens bestätigt wird.

teilen mit sich, als der Krieg nur durch den Kongress erklärt werden kann, während die Unterstützung Frankreichs im Kriegesfall durch das Abkommen automatisch eintreten würde. Diese Schwierigkeiten müßten aber vor der Ratifizierung des Abkommens beseitigt werden. Die meisten Senatoren sind der Ansicht, daß die Haltung der Vereinigten Staaten gegebenenfalls durch die Regierung selbst entschieden werden müßte, und daß sie nicht automatisch durch das Abkommen vorgeschrieben werden könne.

Der Kampf gegen die Leuerung in Amerika.

H. N. Haag, 12. August.

Kolumbianer Newsmagazin meldet aus Washington: Der amerikanische Oberstaatsanwalt Palmer hat alle Kommissionen, die unter Hoover Leitung bei der Lebensmittelerzeugung in Europa die Preise festsetzen, und die bereits aufgelöst wurden, telegraphisch gebeten, sich bereit zu halten, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen und zwar nichtamtlich, bis der Kongress hierüber seine Entscheidung getroffen haben wird. Die Kommissionen sollen überall die richtigen Preise festsetzen und veröffentlichen, damit das Publikum erzählt, welches die richtigen und welches die Wucherpreise sind. Das Ergebnis dieser Preisfeststellung soll dem Kongress als allgemeiner Leitfaden dienen. Die Kommissionen sollen überall Vertreter der Arbeiterpartei, Bauern und drei Vertreter des allgemeinen Publikums als Mitglieder aufnehmen. Es wurde festgestellt, daß im Juli 1919 die Kosten des Lebensunterhalts 71 Prozent höher waren als bei Ausbruch des Krieges. Die Nahrungsmittel sind um 35 Prozent, die Wohnungen um 28 Prozent, die Kleider um 100 Prozent, Heizung, Gas und Elektrizität um 67 Prozent, andere Artikel um 63 Prozent gestiegen.

Matrosenstreik in Italien.

H. N. Haag, 12. August.

Aus London wird gemeldet: Die „Times“ erzählt aus Rom, daß in Genua und Neapel ein Matrosenstreik stattfindet. Über 30 Schiffe liegen still, besonders die Schiffe, die von der Regierung requiriert wurden, um Nahrungsmittel aus Amerika zu holen. Der Streik in Neapel ist nach Neapel gefahren, um dort persönlich zu verhandeln.

In Venedig und in der Lombardei dauern die Streiks fort. Auch der Tyrophenstreik in Rom ist noch nicht beendet. Die Arbeiter-Konföderation versucht jetzt einen Ausgleich zustande zu bringen. Die Regierung wird wahrscheinlich Maßnahmen gegen die Streikbrecher der Lebensmittel treffen und so die gewünschte Lösung der Arbeiter-Schwierigkeiten herbeiführen lassen.

Unruhen in Irland.

H. N. Haag, 12. August.

Aus London wird gemeldet: Neben die irische Grassholt Glare ist das Kriegsrecht bekannt worden. In Irland finden Angriffe auf die Polizei statt und vor wenigen Tagen wurde eine Polizeifabrik vom Vöbel geplündert und mehrere Polizisten, darunter ein Offizier, getötet. Das letzte Ereignis, das zur Verhängung des Kriegsrechtes Veranlassung gab, fand in Rossmore statt, wo ein Polizeioffizier, bei dem Anruf mit den Wachen der Bürgerwehr zu bewachen hatte, vom Vöbel überfallen und erschossen wurde.

Abbau der Arbeiterräte in Bayern.

T. U. München, 12. August. Der Minister erließ eine Bekanntmachung, wonach die Teilnahme der Arbeiterräte an den Sitzungen der gemeindlichen Körperlichkeiten sowie der Bezirks- und Kreisräte ab dem 1. September 1919 abgelehnt sei, seitdem in der Zwischenzeit in Neuwahlen zu diesen Körperlichkeiten dafür georgt sei, daß auch die Vertreter des werktätigen Volkes dort selbst Sitz und Stimme haben.

Die bayerische Verfassungsvorlage angenommen.

T. U. Bamberg 12. August.

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages hat gestern seine Schlußberatung abgeschlossen und einstimmig die Verfassungsvorlage angenommen. Der Vorschlag, ein Referendum über die Verfassung abzuhalten, wurde mit 15 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Der Kampf um die Provinziallandtage.

Von Walter Stoeder.

Aus dem Reich des Herrn Wolfgang Heine ist wenig Erfreuliches zu melden, wozu man auch schauen mag. So eifrig Herr Heine in der Bekämpfung des „Verbrechertums“ und der Unterdrückung der revolutionären Arbeiter ist, so langsam schreitet die sogenannte Demokratisierung der Verwaltung fort. Während in den Gemeinden und Kreisen schon im Frühjahr mit dem Dreiklassenwahlrecht ausgeräumt worden war und Neuwahlen angeordnet wurden, bestanden die nicht minder wichtigen alten vorrevolutionären Provinziallandtage heute immer noch! Dank des geradezu mittelalterlichen Wahlrechtes sind diese Provinziallandtage wahre Hochburgen der Reaktion und des Grundadelts, die mit aller Deutlichkeit zeigen, wie sehr das preuhische Volk bisher von einer kleinen Clique von Junkern und Großkapitalisten beherrscht wurde, wie sehr die weitesten Volkskreise entrechtet, ja völlig ausgeschlossen waren von der Mitarbeit und Entscheidung über die Geschicke des Volkes. Die Provinziallandtage zeigten klar, wie recht wir haben, wenn wir sagen, das preuhische Volk hat bisher jahrelang unter der Diktatur der kleinen Gruppe des vereinigten Großgrundbesitzes und des Kapitals gestanden. Gerade weil man heute den Unabhängigen Sozialdemokratie immer vorwirft, daß sie für die Diktatur der Arbeiterklasse, für die Diktatur des Proletariats eintritt. Können wir nicht oft genug darauf hinweisen, daß wir bisher in Preußen immer unter einer Diktatur gelebt haben. Gerade dies ist ja einer der Hauptgründe, weshalb die Arbeiterklasse in der Revolution bei der Übernahme der Staatsverwaltung vor einer so schwierigen Aufgabe stand. Das speziell preuhische Mandarinentum hat ja bei dem bornierten und beschränkten Kosten- und Effizienzwesen nie geduldet, daß die Arbeiterklasse trotz ihrer großen Organisations- und Verwaltungstalente in die Geheimnisse der Staatsverwaltung hineinschaute. Nicht doch z. B. der sächsische Provinziallandtag unter 92 Abgeordneten nicht weniger als 45 adelige Herren, einen Fürsten, drei Grafen, zehn Freiberren, eine Erzeleone, zwei Durchsändlins, zwölf Guts- und Ritterausbehalter, fünf Kommerzienräte und 37 Landräte. Unter 132 Abgeordneten nicht ein Arbeiter, nicht ein Angestellter, nicht ein Vertreter der unteren Bevölkerungsschichten, der Beamten oder der Lehrer! So wie in Sachsen ist überall. Nur ein Teilchen wollen wir noch herausgreifen. Der rheinische Provinziallandtag zählt unter 205 Mitgliedern nicht weniger als 47 Vertreter des Adels, im übrigen 42 Großgrundbesitzer, 42 Landräte, 45 Großkapitalisten, Industrielle und Großkaufleute und 26 Bürgermeister. Auch hier nicht ein einziger Vertreter der werktätigen Bevölkerung!

Man sollte es nicht für möglich halten, daß diese rückwärtigen Dunkelkammern heute noch, im zehnten Monat der Revolution, bestehen.

Den endlich kommt es zur Auflösung dieser mittelalterlichen Räte. Nur vor dem Ende der Feuertaube der Preuhischen Landesversammlung hat diese ein Gefäß über Neuwahlen zu den Provinziallandtagen beschlossen. Ganz so wie es Herr Heine gewünscht hatte. Nicht etwa wie optimistische Leser es etwa erwarten könnten, ein allgemeines, gleiches, direktes, demokratisches, Verhältniswahlrecht, wie es in den Gemeinden, im Staat und im Reich eingeführt worden ist. Sondern noch der alten Fortschrittspartei „immer langsam voran!“ arbeitet der Sozialdemokrat Heine im Feuille der Provinzieller Zwangsrevolution und löst das alte indirekte Wahlverfahren mit seiner unzureichenden Wahlkreiseinteilung bestehen, wonach die Abgeordneten zu den Provinziallandtagen wie früher von den Kreisräten und den Stadtverordnetenversammlungen gewählt werden. Dabei sind die kleinen Landkreise ganz unverhältnismäßig stärker vertreten, als die großen städtischen Gemeinden. Gewählt wird ferner nach den Bevölkerungsziffern von 1910! Die gewaltige Veränderung und Verschiebung

Das amerikanisch-französische Abkommen vor dem Senat.

H. N. Haag, 12. August.

Kolumbianer Newsmagazin meldet aus Washington: Der Senat beschloß, daß mit Frankreich separate Abkommen, das die Vereinigten Staaten zur militärischen Unterstützung Frankreichs im Falle eines deutschen Angriffes verpflichtet, einer juristischen Kommission zur Prüfung zu überweisen. Nach der Auffassung des Senats bringt dieses Abkommen insofern gewisse Schwierig-

In den Bevölkerungszahlen werden völlig unberücksichtigt gelassen. Auch sonst enthält das Gesetz so rücksichtliche Bestimmungen, daß es für unsere Genossen unannehmbar war. Ein von uns gestellter Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts wurde von allen Parteien, auch von den Rechtssozialisten, abgelehnt. Und dies im Zeitalter der sogenannten Demokratie!

Hier, wo die Sozialisten Gelegenheit hatten, endlich einmal mit all dem alten Schmutz und Moder in den Provinzialverwaltungen gründlich aufzuräumen, da ließen sie bei den Neuwahlen zu den Provinziallandtagen die in den meisten preussischen Provinzen bis zum 1. September vorgekommen werden müssen, das alte Wahlrecht bestehen. Nur einige der schlimmsten Bestimmungen wurden beseitigt. Obwohl unsere Genossen in der preussischen Landtagsversammlung den schärfsten Kampf für eine gründliche Umgestaltung des Wahlverfahrens führten, obwohl sie darauf hinarbeiteten, daß auf Grund dieses Wahlrechts nicht in einer einzigen Provinz eine sozialistische Mehrheit zustande kommen werde, während bei den allgemeinen Wahlen in drei Provinzen die Wähler sich in ihrer Mehrheit für die beiden sozialistischen Parteien entschieden hatten. Nimmten die Rechtssozialisten im Verein mit allen bürgerlichen Parteien für den Gesetzentwurf des Herrn Seine und zeigte sich dann zum wer weiß wievielsten Male als gehorsame Diener und Handlanger des Bürgertums.

Bei den Arbeitern aber, die sich mit Recht entrüstet über die Landrats- und Buroratsverwaltung, ließen sie sich hin und reden über die Demokratisierung der Verwaltung.

Bei der Erbitterung, die in allen Arbeiterkreisen ohnehin über die traurige Entwicklung der Revolution herrscht, ist es geradezu ein Tanz, wie die Rechtssozialisten dem Volke ein derart rücksichtliches und reaktionär wirkendes Wahlrecht zu bieten wagen. Und dies in einem Zeitpunkt, wo den Provinzen nach einem Gesetzentwurf der Regierung viel größere Selbständigkeitsrechte gegeben werden sollen, wo die Provinzen nach dem Willen der Regierung weitgehende Rechte erhalten sollen in den wichtigsten Schulfragen, in den Fragen der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassungen. Unter diesen Umständen wäre es die doppelte Pflicht der Rechtssozialisten gewesen, für ein wirklich demokratisches Wahlrecht in den Provinzen einzutreten. Aber sie betrachten es schwebend als ihre Hauptaufgabe, dem Bürgertum möglichst schnell nicht nur wieder zur Macht zu verhelfen, sondern sie auch zu sichern. Oder wollen sie dem hand- und kofararbeitenden Proletariat vordemonstrieren, daß durch den bürgerlichen Parlamentarismus, durch die bürgerliche Demokratie für den Sozialismus nichts zu erreichen ist? Man könnte es wirklich oft glauben. Sie spekulieren dabei vielleicht auch auf die bisherige Interessenslosigkeit der Arbeitermassen an den Fragen der Provinzialverwaltung, tagten doch die Provinziallandtage bei deren hochgradiger Zusammensetzung bis heute sozusagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit!

Aber diese Interessenslosigkeit der Arbeiter hat aufgehört. Die Arbeiterklasse will und muß die politische Macht ergattern, deshalb muß sie die gesamte Staatsverwaltung in ihre eigenen Hände nehmen. Es ist die Pflicht unserer Genossen, denerrat der Rechtssozialisten, von sie auch bei dem Wahlgesetz zu den Provinziallandtagen begangen haben, mit aller Schärfe zu brandmarken. Die Arbeiterklasse darf nicht eher ruhen, bis sie mit der ganzen Bild- und Moderslust, mit allem bureaukratischen Hastengeist gründlich aufgeräumt und die ganze Verwaltung in den Dienst der arbeitenden Schichten des Volkes gestellt hat.

Andrew Carnegie gestorben.

H.N. Haag, 12. August.

Aus New York wird gemeldet: Andrew Carnegie ist am 11. August in Sleepy Hollow gestorben.

Ausstellung der Freien Sozialistischen Jugend.

Am Sonnabend veranstaltete die Freie Sozialistische Jugend in den Prachtvollen Al-Verlin einen Ausstellungsabend. Es ist zu begrüßen, daß hierdurch der Arbeiterschaft Gelegenheit geboten wurde, Stellung zur Kunst zu nehmen und durch sie mit sich selbst und der Schöpfung nach neuen Lebensformen einig zu werden. Aber man kann nicht mit Messel, Becker und Ehrenstein, kaum mit Hasenclever, beginnen. Man darf Verse, die sich in ihrer Gestaltung des Gehörigen und Ablesung des Stofflich-Gegenständlichen zu Schklumpen unerklärten Kampfes hallen, nicht Menschen bieten, denen sie noch fremd und unverständlich sein müssen. Sie mögen, so sollen am Ende stehen — doch nicht am Anfang.

Der Abend begann mit einer guten Wiedergabe des Friedmann-Gedichtes Cassegranges durch Heinrich Rosen. Dann sprach H. Wenzler Gedichte von Werfel und Leh, später noch Lappas „Der Kamerad“. Hinter den Kommoden Schreien der Dichter hand der Schauspieler. Neben Prosodie war ein klein wenig Stille und Pose. Anders Olga Wolans, die Gedichte von Wie Kasper-Schiller vorlas, und vor allem Hans Rosenfeld mit Versen von Weder, Ehrenstein und Hasenclever. Hier übermüdete Empfindung, war Sicherheit der Auffassung zwischen Dichter und Interpret. Zum Schluß lasen sie gemeinsam Joan Sells „Friedensfest“. Hier, wo das Lied jener viermal 800 Kriegsblinde in Form von Kerker Schönheit zum Ausdruck gebracht ist, fanden sich Leser und Hörer. Zwischen den Vorlesungen spielte das Scherchenquartett einen Satz aus einem Streichquartett von Hermann Scherchen, der geistig war von dem differenzierten Empfinden der modernen Kunst.

Der Beifall war laut und dankbar.

E. A.

Kunstausstellung. Unter dem Namen „Kunstausstellung der revolutionären Jugend“ finden in kommenden Winter in der Philharmonie jeden Sonntag nachmittags Konzerte und Rezitationen unter Mitwirkung erster Künstler für die arbeitende Jugend zum Eintrittspreis von 1 Mark statt. Einmalige Abendkonzerte können ohne Abzug der Sache zugute. Sämtliche Organisationen (Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse usw.), die hierfür Interesse haben, werden gebeten, ihre Adresse der Kunstausstellung, Berlin W 85, oder dem Verbandsbüro der U. S. L., Schilderstraße 6, anzugeben.

Zur Umgestaltung des Heeres.

Von militärischer Seite wird uns geschrieben:

Zur Ausführung des alten Heeres hat das Kriegsministerium, Zeltungsmaßnahmen zufolge, jetzt Bestimmungen erlassen, die erlassen lassen, mit welcher Eile man die Demobilisierung der Reserve in Angriff genommen hat. Ein lazes, überschüssiges Bild geben diese unangenehm erscheinenden Bestimmungen über die Art und Weise der Auflösung des alten Heeres noch nicht und wir kommen bei der vollständigen Bekanntmachung der Bestimmungen nochmals darauf zurück. Wenn auch erst mit Bekanntwerden der Friedensbedingungen eine genaue Regelung unserer Heeresstärke erfolgen konnte, so war es doch unumgänglich notwendig, einmal alle unendlichen Formationen möglichst bald anzukündigen und zu demobilisieren und andererseits mußte man sich sagen, daß unsere Gegner, die dem Heere das Gepräge der Weisheit des Militärischen gegeben hatten, Deutschland niemals die Beibehaltung eines starken Heeres gestatten würden. Von diesen Erwägungen ausgehend, konnte man viel früher zur Auflösung von Verbänden und Einheiten schreiten, die jetzt erst aufgehoben werden sollen. Wir nennen als solche die Reiegs-Telegraphen- und Heeresmusikabteilungen, Grenzschutzabteilungen, die Generalinspektionen der Militär-Einrichtungen, Pangerader, General-Inspektion des Militär-Einrichtungen- und Bildungswesens, die Kommandos von Berlin, Köln, Grauburg, Mainz, Reg., Straßburg, Tamm, Königsberg, Ulm und Posen, die verschiedenen Kavallerie-Einheiten usw. Als ein hohes Kind es geradezu, daß die Gendarmen von Reg., Straßburg und Posen jetzt mit aufgelöst werden sollen. Oder sollten Franzosen und Polen gnädig und gefällig sein, daß die Städte dieser Formationen in Ruhe dort ihre Auflösungsarbeiten besorgen können? Viel wahrscheinlicher scheint es uns, daß diese Verbände auf das eiligste aus den Festungen vertrieben sind und weder Material noch Mann und Belege mitgenommen haben. Unter diese Städte wäre zum mindesten sofort ein dicker Strich zu ziehen gewesen mit dem Besatz-Erbe!

Wunderbar erscheint auch die Bestimmung, daß jetzt erst Stärkenachweisungen angefordert werden, die als Grundlage dienen sollen für die Besondereinrichtung der Selbstmittel für die noch bestehenden Abwidlungstellen. Aus dieser Fassung geht ganz klar hervor, daß man die freiwilligen Truppen ohne Rücksicht auf den Geldbeutel der Eisenarbeiter hat frei schalten und walten lassen und der Herr Reichswehrminister ganz und gar kaltgestellt worden ist mit seiner Einwirkung auf die Gestaltung und Wiederherstellung der Truppe.

Besonders besorgend klingen auch die Maßregeln, daß die Übergabe der nach dem 30. September 1910 noch bestehenden Einrichtungen an die Zivilverwaltung und die Ausbildung sämtlicher Einrichtungen in die des neuen Heeres bis zum 1. Oktober nicht durchgeführt werden können. Es wird jetzt in Deutschland bei der Regierung so viel gehoben, daß man auf den Gedanken kommt, als ob mit dieser Verzögerung der Umgestaltung auch Schiedungen verdrängt werden sollen.

Aus der alldeutschen Lehnstühle.

Die Anschuldigungen des General v. Deimling gegen die gewissenlosen Kriegsverlängerer im Großen Hauptquartier haben die Alldeutschen ganz und umschüttelt gebracht. Nachdem ihre Presse den General bereits als „Kriegsverlängerer“ bezeichnet hat, ist die „Deutsche Tageszeitung“ jetzt von „unmännlicher Seite“ schreiben, daß Herr v. Deimling im Jahre 1914 als Kommandant in bedauerlicher Weise seine Regimenter dem Tode ausgeliefert habe.

Wir können diese Anreden natürlich nicht nachprüfen, und es wird Sache des Herrn v. Deimling sein, darauf zu antworten. Wie sprechen aber der alldeutschen Presse das Recht ab, sich in derartigen Angelegenheiten als Schlichter aufzuspielen. Während des Krieges haben eine Anzahl deutsche Generale mit dem Leben der ihnen unterstellten Mannschaften in der verabscheulichen Weise gespielt. Unter der Front und in der Stille wurden die Soldaten von ihren Vorgesetzten betrogen, während diese hungerten und darben, spielten die anderen, die Vorgesetzten, den großen Herrn, und feierten bei Wein und Geld die „Siege“, die die Soldaten mit ihrem Leben bezahlten mußten.

Dieses System fand die alldeutsche Presse durchaus in der Ordnung; sie lübt und verehrt es noch heute. Wenn sie also jetzt gegen den General v. Deimling ähnliche Vorwürfe erhebt, so

Ausstellung erwerbsloser Künstler.

In der Ausstellungshalle des Schöneberger Rathauses stellt die Genossenschaft erwerbsloser Künstler Berlins, Plakate, Zeichnungen und Gemälde aus (Eintritt 50 Pf.). Die Ausstellung hat ungefähr das Niveau der Großen Berliner Kunstausstellung. Es fehlen nicht die üblichen dialektischen Womaleken von Landschaften, Reigenen und Tieren, aber deren Gleichgültigkeit ist eigentlich nur Georg Wilke und Jense (Zeichnungen) erleben; auch nicht die nur scheinbar interessanteren „Phantasien“. Mit der Großen Berliner ist ihr auch gemeinsam, daß sie vom platten Naturalismus hinübergeht zur lächerlichen Abstraktion (E. Scherardi und Kean). Vermutlich wäre den erwerbslosen Künstlern mehr geboten, wenn sie ihre Arbeiten gleichfalls in der Großen Ausstellung am Seichter Bahnhof zeigen könnten. Man sollte für das nächste Jahr dort alles zusammenbringen, aus jene Künstler, die nicht einer Gruppe angehören und jene, die zu Genossenschaften zusammengefaßt sind. In man sollte auch alle Neuerscheinungen der Berliner Museen dort in einigen Räumen ausstellen. Ein Raum für Architektur, am besten mit Einbindung zu Anomaliepropheten, wäre sehr erwünscht. Dann hätte das Publikum am besten Gelegenheit, sich ein künstlerisches Urteil aus allem Material zu bilden.

Adolf Behne.

Ein Ausstellung der Kriegsgefangenen Künstler. Für die aus der Internierung und Gefangenschaft zurückkehrenden Künstler wird eine Herbstausstellung geplant; befürdliche Unterstützung ist zugesichert. Alle Beteiligten, auch die Angehörigen der Parteien und Gefangenen, in deren Nachlass vielleicht Schätzbares vorhanden ist, wollen bei der Geschäftsstelle des Wirtschaftlichen Verbandes bildender Künstler, Berlin W 62, Luisenstraße 40, Namen und Adressen angeben.

Expressionismus für Arbeiter. In diesem Artikel von Adolf Behne in Nummer 378 der „Freiheit“ erfaßt und die Richtung des „Sturm“ um Ausdruck folgender Forderungen: 1. Die Initiative zur Sturm-Ausstellung Berlin-Osten ging von mir aus. Die „Freie Jugend“ hat das Verdienst, auf meine Anregung sofort eingegangen zu sein. 2. Sämtliche Einnahmen dieser Ausstellung gehören der „Freien Jugend“. Die Ausstellungskosten trägt „Der Sturm“. Es kann dabei von einem „stolzen Geschäftsbereich des „Sturm“ nicht die Rede sein. 3. Die „Freie Jugend“ hat sich die

mit sie dies nicht der Wahrheit zuliebe, sondern aus Haß darüber, daß ein Mann, den sie selber zu ihrer Spitze wählen, den Namen hat, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen.

Die militärische Reaktion.

Der Verband der inaktiven Unteroffiziere auf Mannschaften hat in letzter Zeit mehrere Versammlungen abgehalten, in denen seine Sprecher ziemlich energisch für die Rechte der Mannschaften gegenüber den Offizieren eintraten. Das hat den Kommandant der 16. Reichswehrbrigade, Herrn Oeschke, in dem Harnisch gebracht. Er verbietet den ihm unterstellten Truppenteilen die Zugehörigkeit zu diesem Verband, und die Begründung, daß er spartanischer Umtriebe verdächtig sei. Dafür stellt Herr Oeschke den Unteroffizieren einen Brigade anheim, dem Verband der aktiven Unteroffiziere beizutreten. Sondernarweise hat es aber auch dieser Verband bereits mit den reaktionären Offizieren verbrochen. Denn der Kommandant der 9. Reichswehrbrigade, Freiherr v. Wangelstein, verbietet in seinem Befehlssbereich die Bundeszeitung des Verbandes, angeblich, weil dieses Blatt das gute Verhältnis zwischen Unteroffizieren und Mannschaften untergrabe.

Aus all diesen Reaktionen geht hervor, daß die Offiziere jede freie Meinungsäußerung der Mannschaften unterdrücken. Auch die Forderung der republikanisch gekleideten Offiziere ist unüberwindlich. Die Reichswehrbrigade 1 hat in einer geheimen Offiziersbesprechung den Beitritt zum republikanischen Verband verboten. Mitglieder des Nationalen Verbandes deutscher Offiziere, einer freigen monarchistischen Organisation, zu werden, ist niemand verboten. Der Kommandant der 20. Reichswehrbrigade, Generalmajor Graf Waldersee, ist sogar 1. Vorsitzender des Nationalverbandes.

Aber das nennt Herr Noske keine Politik ins Feuer tragen! Aber es geht schon noch viel tollere Dinge! So steht in dem Reichsrichterbüro des republikanischen Führerbundes zu lesen:

„Das Generalkommando des V. A. R. beschließt einen „Rechtsschutz“ nach Schlesien. Der Mann, der die Reichswehrbrigade 1 in der letzten Zeit einmündig abgesetzt, weil er mit dem republikanischen Führerbund in Verbindung stand, wird verhaftet. Ein anderer Offizier wird wegen eines Briefes, den er während der ersten Revolutionen im Soldatenrat gelesen hat. Solche Fälle sind dazwischen zu zählen.“

Die militärische Reaktion ist also wieder oben auf. Das ist das monströse Treiben, das jetzt bereits auch schon gegen die Rechtssozialisten verbrochen, zeigt uns recht deutlich, daß Herr Noske der Herrscher ist, nicht mehr Herr wird. Sie werden mit ihm Haß und Haß.

Sie werden ständig eingeschätzt.

Zu der Geschäftsordnungsdebatte am Schluß der 10. Sitzung der Nationalversammlung, in der die Rechtssozialisten erklärten, die Verbotung der Umsatzsteuer erst nachnehmen zu wollen, wenn die Reichseinkommensteuer erledigt sei, schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

Die politische Bedeutung des Vorfalles liegt darin, daß man zum ersten Male ein Mißtrauen der Sozialdemokraten gegen die Finanzpolitik des Zentrums, der anderen Regierungspartei, zum Ausdruck kam. Abgeordnetem Bode, der als Sprecher der Sozialdemokratie auftrat, wurde ein Mißtrauen gegen den Zentrums-Abgeordneten Gröber wurde im Namen des Zentrums der Sozialdemokraten vorgehalten, die bürgerlichen Parteien würden es nicht gefallen lassen, daß zunächst die direkten Steuern erledigt würden, um der Sozialdemokratie dann die Möglichkeit zu geben, die indirekten Steuern zu berechnen. Es kam also zwischen den beiden Regierungsparteien ein weitgehender Mißtrauen, der wohl auch noch in den ferneren Finanzgesetzen zum Ausdruck kommen wird. Daß er geeignet sein könnte, die Verfassung über die Finanzgesetze zu erschauern, ist kaum anzunehmen, immerhin hat er aber doch politisch eine große Bedeutung.

Auch wir glauben, daß diese Haltung der Rechtssozialisten die Verfassung über die Finanzgesetze nicht erschauern wird. Wie die Rechtssozialisten bei der Verfassung alle reaktionären Bestimmungen gebilligt haben, so haben auch bei den Steuergeetzen. Ihre jetzige epigonale Haltung

ausgehenden Künstler selbst gewöhnt. Sie wollen gerade die Künstler besonders hart verurteilen haben, die Herr Noske nicht gefallen. Die „Freie Jugend“ ging dabei von dem Gesichtspunkt aus, die Bilder zu wählen, die sie für eine erste Reichsausstellung am geeignetsten hielt. 4. Die Werke der „Sturm“-Ausstellung Berlin-Osten sind die besten, die aus unserer Zeit hervorgegangen sind. 5. Aus meiner Sammlung, deren Besuch sehr unangenehm gewesen ist, sind die Bilder zu Kunstausstellungen verliehen worden, was Herr Noske sehr bedauert. Die Nationalversammlung ist sehr verständlich und hat die Gruppe der Freien Sozialistischen Jugend z. B. auch bereits den Gebrauch gestattet. 6. Es ist unmöglich, daß „Der Sturm“ jemals Militaristen Konzeptionen gemacht hat.

Herwart Waiden.

Theaternachrichten.

Russisches Gastspiel in Berlin. Eine Anzahl russischer Opernspieler beabsichtigt unter der künstlerischen Leitung des Regisseurs und Schauspielers des Reichstheater Hofmanns ein Gastspiel in der Deutschen Theater. Zur Aufführung gelangt ein russischer Sprechstück des fünfaktigen Schauspiel „Der Geigen“ von N. S. Turgenjew, ein Stück aus dem Spielplan des Moskauer Hoftheaters.

Die Weltbühne am Wilhelmsplatz hat Erich Sautel zum Ballett-Operettenkomponisten für sämtliche Aufführungen der Operette „Die Plünderung“ verpflichtet. Er wird die Rolle des Gesangsleiters übernehmen.

Augusto Boncavallo, ein bekannter italienischer Komponist ist im Alter von 61 Jahren gestorben. Internationale Bekanntheit erlangte er durch seine Oper „Der Bajazzo“. Seine früheren Arbeiten dagegen waren von bedeutend geringerer Wert und wurden zum größten Teile in Deutschland überhaupt nicht bekannt. Viel verspottet wurde Boncavallo seinerzeit als Komponist Wilhelm II., in dessen Auftrag er eine Oper „Der Kaiser von Berlin“ schreiben mußte. Das Werk wurde in Berlin aufgeführt, hat aber vollständig durch.

Öffentlicher Vortrag in der Triptow-Strandbar. „Dänemarks Küsten und Häfen“ spricht Dr. Hans Speckmann unter Vorführung von Bildnissen am Mittwoch, den 12. August, abends 7 1/2 Uhr.

lung dient doch nur dazu, den Massen Sand in die Augen zu streuen. Da das die bürgerlichen Parteien wissen, nehmen sie auch die lahme Opposition der Rechtssozialisten nicht ernst.

Die Konterrevolution in Ungarn.

Die Note der Alliierten an Rumänien.

T. U. Amsterdam, 12. August.

Aus Paris wird gemeldet: Der Wortlaut der Note, die der Oberste Rat am letzten Freitag an die rumänische Regierung wandt hat, lautet:

Die Friedenskonferenz hat bisher noch keine direkte Antwort von der rumänischen Regierung empfangen. Die Konferenz vertritt, daß rumänische Generale sich weigern, den Anweisungen der Alliierten Generale Folge zu leisten und die Veröffentlichung von Telegrammen des Vorsitzenden der Friedenskonferenz an die rumänische Regierung zu verhindern. Weiter erlauben sie ihren Soldaten, Privatbesitz zu plündern und Lebensmittel und anderes Material zu requirieren. Sie unterwerfen Südbanien, wo Hungernot herrscht, einer unbilligen Besatzung und verweigern die Eisenbahnlinie, die von Budapest nach Wien führt. Mit einem Wort, sie begehen diese Handlungen, die im Widerspruch mit den Beschlüssen der Alliierten und assigierten Mächten und mit den ersten Prinzipien der Menschlichkeit stehen. Der Oberste Rat vertritt weiter, daß die sozialistische Regierung in Ungarn durch einen Staatsstreich gestürzt, daß die Minister verhaftet worden sind, und daß die Regierung durch eine neue mit Erzherzog Josef an der Spitze ersetzt worden ist. Die Friedenskonferenz ist gezwungen, anzunehmen, daß die Rumänen beabsichtigen, die Konferenz herauszufordern und sich von den Alliierten und assigierten Mächten zu trennen. Sollte die Konferenz sich hierin ertzen, dann bittet sie die rumänische Regierung, diese Mischungen sofort zu demontieren, nicht durch Worte, sondern durch Taten, woraus öffentlich hervorgeht, daß die Rumänen die Politik, die die Konferenz beschloffen hat, anerkennen und treu befolgen wird.

Die Friedenskonferenz hat auf diese Note noch keine Antwort erhalten, dagegen sind Berichte eingelaufen, woraus hervorgeht, daß die Rumänen weiter die Bestimmungen ihres an Ungarn gestellten Minimums ausführen.

Das österreichische Mißvertrauen von der Entente bedroht.

Wien, 12. August. (H.N.)

Wie der „Neue Tag“ von zuverlässiger Seite erfährt, hat die österreichische Regierung auf dem Wege über die hiesige Mission der Regierung Deutschlands die Mitteilung bekommen, daß sie sie für die Person Bela Kun verantwortlich und haftbar mache, falls es Bela Kun gelingen sollte, aus dem ihm zugewiesenen Internierungsorte zu entkommen.

Wien, 12. August. (H.N.)

In einer offiziellen Erklärung der deutschösterreichischen Regierung über das von ungarischen Kommunisten gestiftete Mißvertrauen heißt es u. a.: Sollte die Auslieferung eines bestimmten Kommunisten, dessen wie wohl gewährt haben, wegen eines gemeinen Verbrechen verlangt werden, so hätten die Behörden nach der Vorschriften der Strafgesetzbuchordnung zu entscheiden, ob nach den Gesetzen des internationalen Rechts die Auslieferung gefordert werden kann oder nicht. Solange die Auslieferung nicht bewilligt ist, hat die Verwaltung sich darauf zu beschränken, zu verhindern, daß der Aufenthalt in Deutschland von den Volkswirtschaften zu ungesetzmäßigen Handlungen oder zu Einmischungen in unsere Angelegenheiten mißbraucht wird.

Aufhebung der Blockade Ungarns.

H.N. Wien, 12. August.

Die „Neue Freie Presse“ erfährt, daß die Blockade der Entente gegen Ungarn gestern aufgehoben wurde.

Zur Regierungsbildung in Ungarn.

Wien, 12. August. (Redaktion des „Neuen Tag“.)

Wie heute konnte die ungarische Koalitionsregierung noch nicht gebildet werden, da die Verhandlungen über den Eintritt der Sozialdemokraten noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Der Abgeordnete Sarany legte sich jetzt nach Budapest zurück. Dort sollen die notwendigen Entscheidungen getroffen werden, um das Einverständnis mit den Konferenzmächten herzustellen und die Nationalversammlung baldmöglichst einberufen zu können.

Graf Karoly über die Gefahren der Reaktion.

Osasz, 12. August. (H.N.)

Aus London wird gemeldet: Ein Sonderkorrespondent der „Times“ hat in Prag eine Unterredung mit dem Grafen Karoly, der sagte, daß die Lage sich noch verschlimmern würde, wenn die Alliierten nicht sofort das ökonomische Problem zu lösen verständen. Der Krieg sei schrecklich gewesen, aber der Waffenstillstand habe die Lage noch viel schlimmer gemacht, da die Alliierten nicht einsehen will, daß wenn auch die Lage sich ein wenig bessern würde, doch besser geworden sei, die Demokratisierung in Europa immer größer werde. Anarchie, Verwirrung und Unklarheit herrschen seit zehn Monaten überall in Europa und verurteilen ein industrielles und wirtschaftliches Chaos. Es gäbe nur ein Mittel für Ungarn und alle anderen ökonomischen Länder, nämlich eine sozialistische Demokratie. Als der Korrespondent darauf hinwies, daß man in Ungarn nicht viel von sozialistischer Demokratie halte, sagte Karoly, man könne es nennen, wie man will, aber zwischen der Demokratie wie sie im Westen besteht und der Demokratie wie sie in Osteuropa durchgesetzt werden muß, bestehe ein wesentlicher Unterschied. Bei der jetzigen Demokratisierung, die in Osteuropa herrscht, dürfen die Privilegien der wohlhabenden Klassen nicht gefährdet werden, aber weiter bestehen, sondern die großen Güter erhalten, damit sie ihre frühere Arbeitskraft wieder zurückgewinnen können. Karoly äußerte sich weiter über den Sozialistenkongress in London und meinte, daß man vor allen Dingen gegen die Sozialisten Stellung nehmen müsse und ein dauernder Frieden in Europa herbeiführen. Eine wirklich demokratische Regierung müsse Ungarn retten, anderenfalls bleibe es der Herr für neue Revolutionen.

Wilson und die amerikanische Arbeiterbewegung

Amsterdam, 11. August.

Der „Telegraph“ melden die „Times“ aus Washington, daß sich die Lage in der amerikanischen Industrie dank der Intervention unter den Arbeitern augenblicklich meist von den

gemäßigten Elementen in der Arbeiterschaft geführt zu werden scheint, wesentlich gebessert hat. In allen Eisenbahnwerkstätten beginnt der Streik abzuflauen. Selbst die ultrarevolutionäre „Boston Transcript“ schreibt, daß Präsident Wilson dem amerikanischen Volkswirtschaft einen schweren Schlag verfehlt und viel dazu beigetragen hat, daß die gemäßigten Arbeiterführer ihren Einfluß nicht verlieren haben. Wilsons Rede vor dem Kongress findet sowohl beim Publikum als auch beim Kongress selbst Anklang.

In New York ist zwischen den Schauspielern und Theaterdirektoren noch keine Einigung erzielt worden. Mehr der Haupttheater sind noch geschlossen.

Wie das Pressebüro Radio aus New York meldet, ist der Streik der Transportangestellten in Brooklyn beendet. Die Eisenbahnangestellten haben eine von 15 Forderungen unterzeichnete Erklärung veröffentlicht, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Arbeiter nicht die Macht hätten, das Publikum durch Gewalt oder Krieg einzuschüchtern.

Die Arbeiterbewegung in Japan.

Amsterdam, 11. August.

Der „Telegraph“ sind in Tokio die Saker in den Aufstand getreten. Infolgedessen erschielt zum ersten Male in der Geschichte der Stadt keine Zeitung. Der Streik kennzeichnet die augenblicklich in der gesamten Arbeiterschaft Japans herrschende Stimmung. Die Forderungen der Arbeiter sind: Höhere Löhne, längere Arbeitszeit, mehr Ruhepause. Die Regierung widersetzt sich der Anerkennung der Gewerkschaften. Infolge der unter den japanischen Arbeitern herrschenden Beunruhigung ist eine Krise nicht ausgeschlossen.

Bevorstehender Streik der belgischen Staatsbeamten und Brüsseler Straßenbahner.

H. N. Haag, 11. August.

Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus Brüssel meldet, haben gewisse Kreise der Staatsbeamten und Angestellten in den Ministerien beschlossen, in den allgemeinen Streik zu treten, wenn ihre Forderungen nicht innerhalb 8 Tagen bewilligt werden. Dem Premierminister wurde dieser Beschluß mitgeteilt. Das Personal der Brüsseler Straßenbahn droht gleichfalls mit einem Streik, wenn die Gesellschaft nicht alle Forderungen erfüllt, die sie in Dienst genommen hat. Es handelt sich zum Teil um Frauen von Soldaten oder Frauen von Beurlaubten.

Die Rückführung der Gefangenen.

München, 11. August.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Die bayerische Staatsregierung hat bei einer Anfrage nach der Rückkehr unserer Gefangenen neuerdings die Reichsleitung ersucht, alles daran zu setzen, die sofortige Rückkehr der Kriegsgefangenen zu ermöglichen.

Die Reichsleitung hat daraufhin mitgeteilt, daß nahezu täglich bei der Entente in Versailles Vorstellungen wegen unserer noch zurückgehaltenen Gefangenen erhoben würden. Die Entente nehme aber nach wie vor den Standpunkt ein, daß gemäß dem Friedensvertrage erst nach Ratifizierung die „baldmöglichste Rückführung“ der deutschen Kriegsgefangenen zu beginnen habe. Da von den Staaten der Entente die Ratifizierung erst anfangs September zu erwarten sei, würden wir mit der Rückkehr der Gefangenen von Mitte September ab zu rechnen haben.

Die bayerische Staatsregierung wird auch weiterhin nichts unterlassen, die baldigste Rückkehr der Gefangenen zu ermöglichen. Der Wille unserer Kriegsgenossen ist allerdings letzten Endes entscheidend.

Gewerkschaftliches.

Der Streik im chemischen Großhandel.

Die Streikleitung teilt uns mit: Es werden von den beschiedenen Seiten Ungenauigkeiten über das Entstehen des Streiks im chemischen Großhandel berichtet. Tatsache ist, daß von den Angestellten Verhandlungen über einen Tarifvertrag am 31. Mai durch die beteiligten Verbände, den Zentralverband der Handlungsgehilfen und den Bund der technischen Angestellten und Beamten, mit dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie und des Großhandels angebahnt wurden. Seit diesem Termin fanden eine Reihe von Verhandlungen statt, wobei es sich zeigte, daß Aussicht für eine Einigung nur mit den Arbeitgebern der Industrie, jedoch nicht mit dem Großhandel möglich sei. Die Arbeitsgeber des Großhandels erklärten wiederholt, daß sie infolge schlechter Verdienstmöglichkeit nicht in der Lage seien, die Sätze der Industrie akzeptieren zu können. Dies wurde in voller Sachkenntnis von den beteiligten Angestellten bestritten. Abgesehen davon, daß die Arbeitsleitung eines Angestellten, ganz gleich, wo sein Tätigkeitsgebiet liegt, im Großhandel wie in der Industrie dieselbe ist, muß festgestellt werden, daß die überwiegende Zahl der Firmen des Großhandels mit Leichtigkeit in der Lage wäre, für einen Buchhalter ein Anfangsgehalt von 800 M. bei den heutigen Verhältnissen zu zahlen. Während soweit die Verhandlungen gemeinsam mit der Industrie und dem Großhandel geführt wurden, zweigten sich die Arbeitsgeber des Großhandels plötzlich von den Verhandlungen ab. Daraufhin stellten die Angestellten dem Großhandel am 18. Juli auf Grund einer Versammlung die Forderung, daß bis 31. Juli der Tarifvertrag getätigt sein muß. Der Arbeitgeberverband des chemischen Großhandels erteilte an die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände seine Antwort dahingehend, daß ihm weitere Zugeständnisse unmöglich seien. Dies bedeutete, daß die Arbeitsgeber für den oben erwähnten Buchhalter jetzt 100 M. weniger boten, während die Industrie 800 M. anerkennen wollte. Gleichzeitig brachen die Herren Arbeitgeber zum Ausdruck, daß ihnen weitere Verhandlungen als wenig aussichtsreich erschienen. Daraufhin beschloffen die Angestellten und Arbeiter, weil ihnen gar nichts weiter übrig blieb, am Montag, den 4. August, einmütig den Streik. Den beteiligten Arbeitern wurden Verhandlungen überhaupt abgelehnt.

Die bisher verbreitete Meinung, wonach die Angestellten nach Eintritt in den Streik neue Forderungen aufgestellt haben, ist unrichtig. Die Angestellten und Arbeiter vertreten nach wie vor die schon feinerzeit dem Arbeitgeberverband unterbreiteten Forderungen und verlangen, daß der Großhandel die Sätze der chemischen Industrie anerkennen soll.

Die Streikherber haben am 4. August unter Führung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und des Deutschen Transportarbeiterverbandes den Streik durchgeführt. Erst am darauffolgenden Tage wendeten sich andere Verbände, um die Führung des Streiks zu übernehmen. Dies haben alle Beteiligten ab-

gelehrt und beschloffen, daß auch die weiteren Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband nur durch die freien Gewerkschaften geführt werden sollen. Diese haben auch bereits am Dienstag Vormittag dem Arbeitgeberverband neue Verhandlungen angeboten. Der Arbeitgeberverband des chemischen Großhandels hat Verhandlungen für Montag, den 11. August, in Aussicht gestellt. Die Streikleitung befindet sich in den Sophienböden, Sophienstraße, und können authentische Informationen nur dort eingeholt werden.

Der Achtstundentag der Bühnenarbeiter.

Eine am Sonntag abgehaltene Versammlung des technischen Personals der Berliner Bühnen nahm folgende Resolution an: Die Vollversammlung des technischen Bühnenpersonals von Groß-Berlin protestiert mit allem Nachdruck gegen die Bestrebungen des Herrn Gregori, Vorsitzender der Vereinigung künstlerischer Bühnenverwaltungen, den Bühnenarbeitern den Achtstundentag durch einseitige Information an die Behörden illusorisch zu machen. Das technische Bühnenpersonal wird mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln an dem Achtstundentag festhalten. Herr Gregori soll sich hüten, das technische Bühnenpersonal durch Sonderbestimmungen über die gesetzliche Arbeitszeit zu probieren.

Notlage in der Korsettbranche.

In einer äußerst traurigen wirtschaftlichen Lage befinden sich noch die in der Korsettbranche beschäftigten Arbeiterinnen. Auch hier hat das Unternehmertum noch Gelegenheiten, die Frauenarbeit noch nicht so recht gebieten. Eine mehlig besuchte Versammlung besetzte sich am Montag abend mit der Auffassung von Forderungen. Seltlich teilte man von der Kommission entworfenen Tarifvertrag mit. Geleitet wurden Wochenlöhne für Zuschneider 190 M., für Zuschneiderinnen u. a. 75 M., für Wäscherinnen 84 M., Stickerinnen 87,50 M., für ungeleitete Arbeiterinnen im Alter von 14-19 Jahren 22,50-40 M. Der Urlaub soll auf 8-18 Tage festgesetzt werden. Arbeitsgerät muß von den Firmen gestellt werden. Ferner wird eine Betriebsbeihilfe von 100-300 M. verlangt. Feinarbeit darf an Betriebsarbeiter nicht mehr abgegeben werden. Die Versammlung nahm den Entwurf dieses Vertrages ohne Veränderung an.

Die Berliner Mitgliedschaft des Zentralverbandes der Glaser hat in ihrer Versammlung am Montag abend im Gewerkschaftshaus nach der Erhaltung des Vierteljahresberichtes zur Frage des Uebertritts zu einer größeren Organisation. In diesem Punkte referierte Purzich und führte aus, daß die Verschmelzungfrage schon lange im Verande diskutiert werde. 1909 und 1912 sei bereits schon die Hälfte der Mitgliedschaft für den Uebertritt gewesen. Der Hauptvorwand habe damals durch Schiebungen erreicht, daß der Uebertritt nicht ausstünde kam. Das Beispiel der Unternehmenseigenen, wie nötig es ist, daß die gesamte Arbeiterschaft in großen Verbänden zusammengefaßt ist. Für die Glaser können in Betracht der Holzarbeiterverbände und der Bauarbeiterverband. Es könne sich aber nur um den geschlossenen Uebertritt der Mitgliedschaft handeln. Am Sonnabend findet in ganz Deutschland Abstimmung statt. Montags sei der Zusammenbruch besonders auch wegen der Finanzmisere des Verbandes, die es völlig unmöglich mache, größere Lohnbewegungen durchzuführen.

Die jetzige Richtschnur des Verbandes beträgt 2000. Die allgemeine Stimmung ist für Anschluß an den Holzarbeiterverband. Der Bauarbeiterverband nimmt die sonderbare Stellung ein, daß er den geschlossenen Uebertritt des Glaserverbandes ablehnen und nur die Bauglaser aufnehmen will. Dieses Verhalten zeigt gerade nicht von einer besonders hohen Auffassung der gewerkschaftlichen Solidarität. Der Holzarbeiterverband dagegen erklärt sich ohne weiteres mit dem Uebertritt einverstanden. Es bleibt also das Ergebnis der Abstimmung abzuwarten.

Abend, 14. August, abends 6 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, eine Besprechung statt. Die Arbeiterinnen.

Groß-Berlin.

Antisemitische Geschäftspraktiken.

Zu unseren heutigen Mitteilungen über Bogrombereinigungen in Berlin können wir noch ergänzend hinzufügen: In den Berliner Plakatwänden findet sich folgendes schwarz-weiß-rot gezeichnetes Plakat:

An alle Einwohner Berlins! Jeder deutsche Mann, jede deutsche Frau muß jetzt Wert darauf legen, eine Zeitung zu lesen, welche nicht von jüdischen, international denkenden Redakteuren geschrieben wird, sondern von deutschen Denkenden Männern, welche die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Jüdisch geleitet und geschriebene Zeitungen sind z. B.: „Berliner Tageblatt“, „Berliner Morgenpost“, „Berliner Morgenzeitung“, „das neue Journal“, „A. J. am Mittag“, „Die Neue Zeit“, „Vossische Zeitung“, „Volkszeitung“, „S. U. W. W. W.“, „Dorothea“ und „Freiheit“.

Deutsche geleitete und geschriebene Zeitungen sind: „Deutsche Tageszeitung“, „Deutsche Zeitung“, „Germania“, „Neue Deutsche Zeitung“, „Deutsche Warte“, „Deutsches Wochenblatt“, „Lokalanzeiger“, „Der Reichsbote“, „Post“, „Tägliche Rundschau“, „Der Tag“, „Die Woche“.

Deutsche Männer, deutsche Frauen, lest nicht die von Juden geschriebenen Zeitungen, sondern lest die Zeitungen, welche das Schreiben und sagen, was dem Wohl des deutschen Volkes dient.

Durch zur Erhaltung des Deutschtums, Berlin W. O., Bismarckstraße 28 I.

Erinnern kann man noch, daß diese Herausforderung der Berliner Einwohner entsprechend gewürdigt wurde. Fast alle Plakate wurden von den Plakatwänden abgerissen.

Arbeiter! Heraus aus den bürgerlichen Turn- und Sportvereinen.

Wacht! Wacht! Diese Wahrheit muß dem Proletariat ein unübersehbarer Anstoß sein, nicht nur im rein wirtschaftlichen Kampfe, auch das bürgerliche Leben des Klassenbewußten Arbeiters muß erfüllt sein von dieser Erkenntnis, die ja dem Klassenkampf erst seine Existenzberechtigung erteilt. Sie muß sich auch erstrecken auf Literatur, Kunst, Musik, Wissenschaft usw., aber mit einem Wort, das Proletariat muß sich eine eigene Klassenkultur schaffen und so aus eigener Kraft die Intelligenz hervorbringen, die in jedem Augenblicke der Herrschaft antreten kann. In diesem Sinne ist es als ein Verdienst zu bezeichnen, daß alle sporttreibenden Genossen erneut aufgefordert werden, aus den bürgerlichen Vereinen auszutreten und sich in den Arbeiter-sportvereinen zu sammeln.

Dieses Verdienst hat sich die Märktische Spitzvereinigung Groß-Berlin erworben, die sich in einem Hauptstadion an die Arbeiter-Fußballer des R. V. B. wendet und für Montag abend eine hoch besuchte Versammlung in Qued-

